

**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot  
**Band:** 246 (1973)  
**Rubrik:** Weltchronik

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weltchronik

Vom 1. Juni 1971 bis 31. Mai 1972

Das auffallendste Merkmal des abgelaufenen Jahres war ohne Zweifel die Verlagerung des Schwerpunktes des Weltgeschehens aus Europa auf andere Kontinente. Europa zeigt gegenwärtig, abgesehen von Nordirland, das Bild eines Kontinents in einigermassen ruhiger Entwicklung. Im allgemeinen blüht die Wirtschaft, in einzelnen Ländern herrscht eine gewisse Arbeitslosigkeit, in andern Personalmangel; hier beginnt man sich langsam Gedanken zum Umweltschutz zu machen, dort wird fröhlich weitergewurstelt wie bisher; überall ist eine Tendenz zur Inflation zu erkennen; Staatsmänner reisen hin und her und tauschen Freundlichkeitsbezeugungen aus; die EWG beginnt sich auszudehnen, insbesondere durch den Beitritt Englands; aber die Zukunft unseres Planeten wird sicher nicht hier entschieden. Europa scheint gesamthaft betrachtet zur Provinz zu werden; die grossen, wirklich bedeutenden Entscheidungen fallen anderswo.

Brennpunkte des Geschehens sind gegenwärtig die Vereinigten Staaten, Russland und China. Bedeutungsvolle Ereignisse waren ferner zu verzeichnen in Indien und Pakistan, und auch in Vietnam scheint die Entwicklung ihrem Höhepunkt zuzustreben.

Betrachten wir vorweg das Reich der Mitte, *China*, genauer gesagt Rotchina. Dieses Land hat im abgelaufenen Jahr Schlagzeilen gemacht. Nach einem jahrzehntelangen, mit vielen internen Wirren verbundenen Reifungsprozess ist es dem Land und seinen Führern gelungen, sich eine Machtposition zu schaffen, die zu denken gibt. Erstmals kann gesagt werden, dass Rotchina von den massgebenden Vertretern der Weltöffentlichkeit ernst genommen wird. Diese Phase der Entwicklung begann eigenartigerweise mit einem fast lächerlichen Anlass, nämlich damit, dass eine amerikanische Tischtennismannschaft zu einigen Wettspielen nach China eingeladen wurde. Ein Wendepunkt der Weltgeschichte – denn darum dürfte es sich hier handeln –, herbeigeführt durch Tischtennis, das hat es bis heute noch nie gegeben. Was aus diesem Anlass hervorgegangen ist, und

zwar in der kurzen Zeit eines Jahres, soll hier kurz geschildert werden. Am 14. April 1971 wurde die erwähnte Tischtennismannschaft von Ministerpräsident Tschou En-lai in Peking empfangen. Kurze Zeit nachher benützte der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Nixon, Henry Kissinger, die Gelegenheit eines Informationsbesuches in Pakistan, um insgeheim einen Abstecher nach Peking zu unternehmen. Er besprach sich dort mit den massgebenden Führern des Regimes, und am 15. Juli wurde in Peking und Washington gleichzeitig bekanntgegeben, Präsident Nixon werde im kommenden Jahr die Volksrepublik China besuchen. Mit einem Schlag war damit Rotchina gewissermassen salonfähig geworden. Am 26. Oktober feierten die Chinesen in der UNO-Generalversammlung in New York einen grossen Sieg; nicht nur wurde Rotchina mit 76 gegen 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen in die UNO aufgenommen, sondern es wurde gleichzeitig auch gegen den Willen Amerikas Nationalchina (Taiwan) aus der UNO ausgeschlossen. Schon am 11. November traf die chinesische UNO-Delegation in New York ein, während die Nationalchinesen das Feld räumten. Im Februar 1972 reiste dann nach sorgfältiger Vorbereitung der amerikanische Präsident nach China. In Shanghai wurde am Schlusse des Besuches eine chinesisch-amerikanische Erklärung veröffentlicht, die ein Koexistenzprogramm der beiden Staaten vorsieht. Es sollen weitere Verhandlungen gepflegt werden; gleichzeitig wurde aber auch auf noch bestehende Differenzen aufmerksam gemacht. Das Echo auf diese Ereignisse war in Amerika recht positiv. Auch Japan bemühte sich in der Folge, mit China in ein besseres Verhältnis zu kommen. Kommentare in Russland tönnten leicht verärgert, und von allen Ostländern getraute sich nur Rumänien, offiziell seine Zustimmung zu den neuen Entwicklungen bekanntzugeben.

\* \* \*

Nachdem *Indien* und *Pakistan* schon seit Jahren in einem Verhältnis wie Hund und Katze gelebt hatten, brachte das Berichtsjahr den offenen Ausbruch der Feindseligkeiten. Ab Ende November herrschte Kriegszustand. Den Unabhängigkeitsbestrebungen Ostpakistans, das be-

kanntlich durch einen breiten Streifen indischen Gebiets von Westpakistan abgetrennt ist, stellten sich die westpakistanischen Regierungstruppen entgegen. Das hatte zur Folge, dass Indien Partei für Ostpakistan ergriff und in einem drei Wochen dauernden Feldzug der pakistanischen Armee eine empfindliche Niederlage zufügte. Heute ist das ehemalige Ostpakistan ein neuer Staat, Bangla Desh, der allerdings lange Jahre des Aufbaus benötigen wird, bis nur die Kriegsschäden repariert sein werden.

\* \* \*

Beim Blick auf die Entwicklung in den *Vereinigten Staaten* fällt vor allem auf, wie sehr sich Präsident Nixon in seinem letzten Amtsjahr – im Herbst 1972 finden bekanntlich die Neuwahlen statt – bemühte, aussenpolitisch aktiv zu werden. In einer ganzen Reihe von sogenannten Gipfelgesprächen warb er um Verständnis für die neue Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber China. So traf er mit dem deutschen Bundeskanzler Brandt, mit dem kanadischen Premierminister Trudeau, mit dem brasilianischen Präsidenten Medici und dem englischen Premierminister Heath zusammen. Die grösste Bedeutung kommt indessen dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu der Sowjetunion zu. Dieses Verhältnis ist wohl am meisten belastet durch die Entwicklung in Vietnam. In Paris wurde unter den Augen der Amerikaner und der Russen zwischen nord- und südvietnamesischen Delegationen weiterverhandelt, immer mit dem mehr oder weniger ernstgemeinten Ziel, zu einem Friedensschluss zu kommen. Im Frühjahr 1972 lösten die Nordvietnamesen eine gegenwärtig noch andauernde grosse Offensive gegen Südvietnam aus. Da weitaus der grösste Teil der amerikanischen Truppen im Berichtsjahr aus Südvietnam zurückgezogen wurde, liegt die Last des Krieges nun praktisch ausschliesslich auf den Schultern der Südvietnamesen. Immerhin unterstützt eine gewaltige See- und Luftstreitmacht der Amerikaner die Südvietnamesen bei der Bekämpfung der Nachschublinien Nordvietnams. Da Nordvietnam seinerseits in hohem Masse von Waffenlieferungen und Unterstützungen der Sowjetunion profitiert, ergibt sich

das eigenartige Bild, dass zwei Länder, die indirekt in eine kriegerische Auseinandersetzung miteinander verwickelt sind, gleichzeitig am Verhandlungstisch auf höchster Ebene eine Annäherung suchen. Trotz der Entwicklung in Vietnam fuhr nämlich Präsident Nixon im Mai 1972 über Österreich zu seinem von langer Hand vorbereiteten Besuch nach Moskau. Sein Aufenthalt dauerte eine Woche, die nicht, wie das sonst bei solchen Staatsbesuchen üblich ist, mit Festen und Banketten, sondern mit Sitzungen und Verhandlungen ausgefüllt war. Zum Schluss unterzeichneten Nixon und der starke Mann Russlands, der Generalsekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Leonid Breschnew, eine Grundsatzerklärung, die in zwölf Punkten wesentliche Resultate festhält. Ferner unterzeichneten Nixon und das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny ein Abkommen über die Beschränkung der strategischen Rüstung, womit die seit 1969 in Wien und Helsinki geführten sogenannten SALT-Gespräche ihren Abschluss fanden. Die Grundsatzerklärung enthält ein Bekenntnis zur friedlichen Koexistenz, gibt dem beidseitigen Willen Ausdruck, bewaffnete Konflikte zu vermeiden, und verpflichtet die Parteien, im Sicherheitsrat der UNO alles zu tun, um internationale Spannungen abzubauen. In Zukunft sollen Treffen von Staatsmännern beider Länder stattfinden, kulturelle, technische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kontakte gepflegt und die souveräne Gleichheit aller Staaten anerkannt werden. Schliesslich wird festgehalten, dass das neue Abkommen keine der von den Vertragsschliessenden bis heute eingegangenen Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern antasten soll. Wie ernst man diese beiden Abkommen nehmen muss, kann erst die Zukunft weisen. Sie bilden aber nach der Ansicht des Chronisten wenigstens einen Versuch, aus der Erstarrung der Fronten hervorzutreten, um dem wohl nicht erreichbaren, aber anzustrebenden Ziel eines ewigen Friedens näherzukommen.

\* \* \*

Auch in der *Bundesrepublik* stand im vergangenen Jahr die Klärung des Verhältnisses zur



Sowjetunion im Vordergrund. Vor allem ging es der Regierung darum, dem Parlament die Ratifizierung der in der letzten Weltchronik erwähnten Ostverträge mundgerecht zu machen. Bundeskanzler Brandt konnte sich auf die hinter ihm stehende sozialdemokratische Partei Deutschlands verlassen, während die unter der Führung des Kanzlerkandidaten Rainer Barzel stehende CDU der Ratifizierung sehr skeptisch entgegenstand. Zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg kam es im deutschen Bundestag zu einem Antrag auf Ablösung des Bundeskanzlers durch den Führer der Opposition. Bei der Abstimmung im April wurden für den Vorschlag der CDU 247 Stimmen abgegeben, während sich Brandt mit dem erforderlichen absoluten Mehr von 249 Stimmen retten konnte. Nach einigem weitem parlamentarischem Hin und Her wurden die Verträge schliesslich ratifiziert. Die im Jahre 1973 stattfindenden Neuwahlen werden Aufschluss darüber geben, ob das deutsche Volk mit dem von Bundeskanzler Brandt und seiner Partei eingeschlagenen Kurs einverstanden ist. Erwähnenswert ist, dass im Oktober 1971 Willy Brandt in Anerkennung seiner Bemühungen um die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde.

Es wird sich auch weisen müssen, ob durch die Ratifizierung der Ostverträge das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik besser werden

wird. Immerhin gelang es im Berichtsjahr, zwischen den beiden feindlichen Brüdern ein Abkommen auszuhandeln, wonach sich der Verkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin ohne Störungen nach festen Regeln abwickeln soll. Hinzu kam Ende Dezember die Unterzeichnung eines Besuchsabkommens, das es den Westberlinern ermöglicht, ihre in Ostberlin und in der DDR wohnenden Verwandten leichter zu besuchen, als das bis anhin möglich war. Keinen Wank aber tat die Regierung Ostdeutschlands in der Frage der Mauer, die nach wie vor die Staatsbürger der DDR wie in einem Gefängnis einschliesst. Erst wenn diese Schranke einmal fällt, wird man von einer wirklichen Entspannung reden dürfen.

\* \* \*

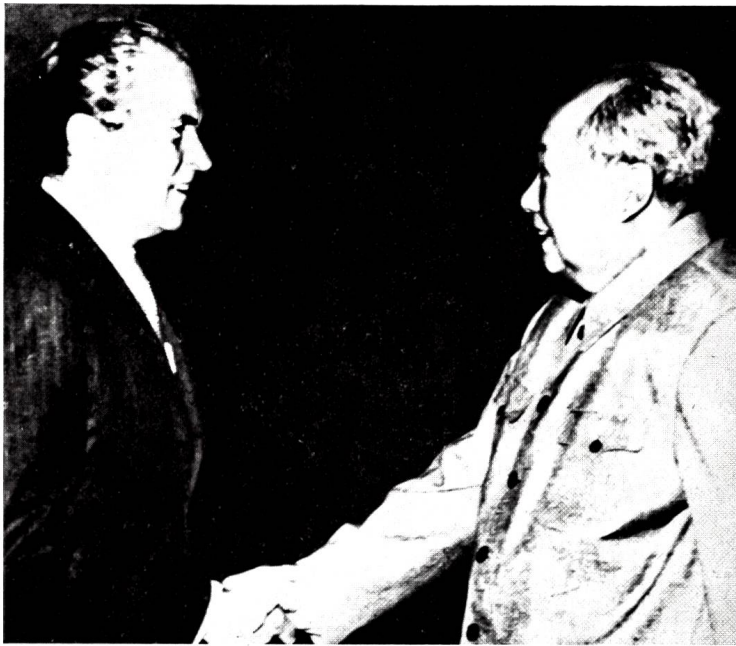
Aus *England* sind für das Berichtsjahr zwei wesentliche Ereignisse zu melden. Einmal mehr litt die britische Wirtschaft stark unter den Auswirkungen verschiede-

ner Streiks. Wenn auch die Regierung Heath im allgemeinen diesem englischen Grundübel entschlossener gegenüberzutreten scheint, als das ihre Vorgänger getan haben, so flackern doch immer wieder Streiks auf, die der britischen Wirtschaft schwersten Schaden zufügen. Auf dem Höhepunkt des wochenlang dauernden Streiks der Grubenarbeiter waren 280 000 Mann im Ausstand. Die Folgen dieses Streiks waren verheerend, machten sie sich doch vor allem auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung geltend. In England werden von 187 Elektrizitäts-



Nello Celio  
Bundespräsident für das Jahr 1972  
Photopress-Bilderdienst, Zürich





*Ein historischer Händedruck*

Der amerikanische Präsident Richard Nixon wird auf seiner Chinareise von Parteichef Mao Tse-tung lächelnd begrüsst.  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

werken deren 142 mit Kohle als Energieträger betrieben. Es musste der Notstand ausgerufen werden, doch gelang es schliesslich der Regierung, einen Kompromiss zu finden, der auch die Grubenarbeiter zufriedenstellte. Einen Streik der Eisenbahner konnte die Regierung dank der früher geschaffenen neuen Gesetzgebung im Keime ersticken, was als Erfolg von Premierminister Heath gebucht werden darf. – Das zweite wesentliche Ereignis aus dem Berichtsjahr ist der Beitritt Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur EWG. Dem Beschluss waren heftige politische Kämpfe in England vorangegangen, da sich namentlich die Labourpartei gegen diesen Schritt nach Europa gewehrt hatte. In einer denkwürdigen Abstimmung im Unterhaus setzte sich die Regierung durch, so dass der Weg nach Brüssel, dem Sitz der EWG, frei war. Zusammen mit Grossbritannien traten auch Dänemark, Norwegen und Irland der EWG bei. Der

Zeitpunkt dürfte wohl nicht mehr fern sein, in dem auch die bis heute noch abseits stehenden Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten werden.

\* \* \*

*Frankreich* bot im abgelaufenen Berichtsjahr, abgesehen von mehr oder weniger wichtigen Skandalen, das Bild einer ruhigen Entwicklung. Es ist Präsident Pompidou ohne Zweifel gelungen, das Land aus einer gewissen Erstarrung, in die es unter dem Regime General de Gaulles geraten war, herauszuführen. Das eindeutig verbesserte Verhältnis zu England widerspiegelte sich in einem Empfang des englischen Premierministers und vor allem im Staatsbesuch der Königin von England im Mai. Auch der sowjetische Parteichef Breschnew wurde zu einem mehrtägigen Besuch empfangen. Bundeskanzler Brandt weilte in Paris und Präsident Pompidou in Bonn. Die Frage der Erweiterung der

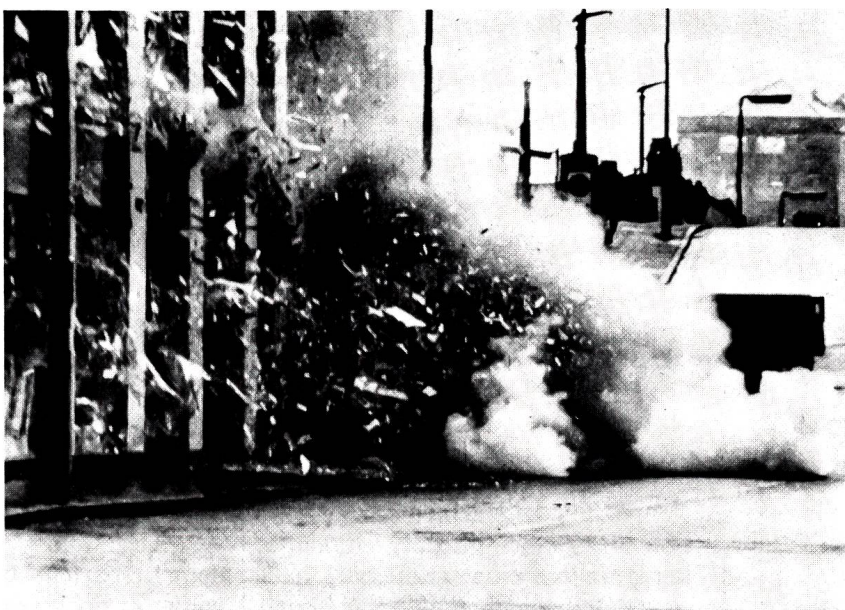
EWG wurde von Pompidou dem Volk zum Entscheid unterbreitet. Mit Ausnahme der Kommunisten konnten sich praktisch alle Parteien zu einer Ja-Parole durchringen. Von den fast 30 Mio. Stimmberechtigten gingen indessen nur 60% zur Urne, die mit rund 11 Mio. Ja gegen 5 Mio. Nein ihr Einverständnis mit der Regierung bekundeten. Diese relativ schlechte Annahme der Vorlage, eine Steueraffäre und die schleichende Inflation, die der im allgemeinen gut florierenden Wirtschaft Sorgen bereitet, erschütterten die Stellung von Premierminister Chaban-Delmas. In einer sehr geschickten Rede in der Nationalversammlung, in der er nahezu jeder Interessengruppe eine glückliche Zukunft versprach, konnte er sich aber gegen seine Widersacher durchsetzen. Mit 368 gegen 96 Stimmen sprach ihm Ende Mai die Versammlung ihr Vertrauen aus.

\* \* \*

Ein trauriges Kapitel, das hier nur kurz gestreift werden soll, bildet die Entwicklung in *Nordirland*. Jahrzehntlang hatte sich die britische Regierung nicht um das Schicksal der katholischen Minderheit gesorgt. Im Herbst 1969 zwang sie dem nordirischen Parlament eine Reform auf, die die Lage der Minderheit hätte verbessern können. Es wurde aber nicht dafür gesorgt, dass diese Reformen wirklich durchgeführt wurden. Die dadurch verursachte Enttäuschung der Katholiken begann sich in Terroranschlägen zu äussern, die ihrerseits auf der Gegenseite zu einer weiteren Versteifung der Haltung führten. Jede Aktion führte zu einer Reaktion; immer erbitterter und erbarmungsloser wurden die Auseinandersetzungen, an denen sich Männer, Frauen und Kinder beteiligten. Ende Januar führte eine Demonstration von 15000 Katholiken in Londonderry zu einem bewaffneten Eingreifen der britischen Truppen. 13 Tote waren zu beklagen. Die Reaktionen waren heftig. Im Freistaat Irland stürmte die aufgebrauchte Menge die britische Botschaft in Dublin und setzte sie in Brand. Im März griff die britische Regierung ein. Sie übernahm direkt die Regierungsgewalt in Nordirland für die Dauer eines Jahres und hofft, in dieser Zeit das Land befrieden zu können. Erste Resultate haben sich zögernd eingestellt. So erklärte Ende Mai der eine Teil der IRA, der illegalen Revolutionsarmee, in Zukunft auf Bombenterror verzichten und verhandeln zu wollen.

\* \* \*

Ein Wort noch zu der Entwicklung in *Italien*. Erwähnenswert scheint dem Chronisten, dass im



*Eine Bombe explodiert...*

Ein einmaliges Bilddokument aus Belfast zeigt, wie machtlos die Menschen in Nordirland leider alltäglichen gewordenen Gewaltakten ausgeliefert sind.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

abgelaufenen Jahr endlich das Abkommen um die Beilegung des Südtirolkonflikts zwischen Italien und Österreich unterzeichnet werden konnte. Damit wurde allem Anschein nach ein Schlussstrich unter eine Auseinandersetzung gezogen, die während Jahren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern vergiftet hatte.

Der Rücktritt des Staatspräsidenten Saragat führte im Dezember zu einem wochenlangen mit südländischem Temperament geführten Wahltheater im Parlament, aus dem im 23. Wahlgang Giovanni Leone, ein Vertreter der Christlich-demokratischen Partei, als Sieger hervorging. – Was die wirtschaftliche Entwicklung anbetrifft, so ist nicht viel Erfreuliches zu melden. Namentlich die Textilindustrie liegt darnieder; sie steckt in einer eigentlichen Krise, was aber nicht hindert, dass laufend durch Streiks versucht wird, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen.

\* \* \*



In höchstem Masse unerfreulich ist das ständige Überhandnehmen von Bombenanschlägen und anderen Terrormassnahmen. Was früher hin und wieder vereinzelt und in fernen Landen auftrat, scheint heute Allgemeingut zu werden. Immer wieder ereignen sich Flugzeugentführungen; eine belgische Maschine wurde auf dem Flughafen von Tel Aviv mitsamt den Passagieren von Palästinensern, die die Freilassung von gefangengesetzten Attentätern forderten, unter der Drohung der Sprengung zurückgehalten. Im Handstreich überwältigten israelische Soldaten die Banditen, wobei allerdings auch ein Passagier erschossen wurde. Die Gegenaktion liess nicht lange auf sich warten: Drei von Palästinensern gedungene japanische Linksextremisten, die unbehelligt in einem Kursflugzeug der Air France ihre Maschinenpistolen und Handgranaten eingeschmuggelt hatten, eröffneten im selben Flughafen nach der Landung wahllos das Feuer auf die wartenden und ahnungslosen Passagiere, erschossen deren 26 und verletzten 80 zum Teil sehr schwer. Im Mai wurde eine ganze Anzahl von Bombenanschlägen in Deutschland unternommen, die ebenfalls Todesopfer forderten. Auch andere Länder blieben von solchen Anschlägen nicht verschont. Die unglaubliche Verrohung und Verschärfung von meist politischen Auseinandersetzungen wirft die Frage nach den tieferen Gründen und Ursachen auf. Diese Frage zu beantworten und gleichzeitig Bekämpfungsmassnahmen auszuarbeiten, muss Aufgabe einer weltweiten Zusammenarbeit sein.

\* \* \*

Vor einem Jahr hatte der Chronist seinen Bericht über unser Land mit einer Betrachtung der Teuerungs- und Inflationsprobleme eröffnet. Er hielt es damals für mehr als fraglich, dass der bescheiden anmutende sogenannte Baubeschluss des Bundesrates der Teuerung Einhalt zu gebieten vermöchte. Leider hat die Entwicklung im Berichtsjahr diesem Bedenken Recht gegeben. Die Preise und die Löhne steigen und steigen, das Baugewerbe weiss der Nachfrage nicht mehr Herr zu werden, die Bodenspekulanten drehen die Daumen und verdienen dabei Geld wie Heu, der

Grossteil der Bevölkerung klagt über die Teuerung, ist aber begreiflicherweise nicht bereit, seinen Konsum einzuschränken. Wenn der Lohn nicht für den Farbfernseher oder das erste oder zweite Auto reicht, geht die Ehefrau ganztags arbeiten und steckt die Kinder in die Krippe, aus der sie dann über das Wochenende gewissermassen als Spielzeug und zum Zeitvertreib wieder hervorgeholt werden. Monat um Monat erklimmt der Landesindex der Konsumentenpreise neue Rekordhöhen, und man muss nun schon mehr als zwei Jahre(!) zurückgehen, um einen Monat zu finden, in dem der Index ein winziges Zehntelpünktlein zurückgegangen ist. In diesen zwei Jahren sind die Lebenskosten um rund 15% gestiegen; um denselben Prozentsatz haben sich bei den Leuten, die Schulden gemacht hatten, diese verringert, und wer gespart hatte, kann heute mit dem Ersparten lange nicht mehr soviel kaufen, wie er es noch vor zwei Jahren konnte. Geprellt sind die Rentner, denen ihre gleichbleibende Rente gewissermassen unter den Fingern zerrinnt. Diesem Unheil soll die Erhöhung der staatlichen AHV-Renten steuern; allein höhere Renten für jedermann verlangen wieder höhere Beiträge, was zu höheren Löhnen und zu höheren Preisen führt: ein Teufelskreis. Warum es nicht gelingt, diesem Übel Einhalt zu gebieten, ist schwer zu sagen; Hauptgrund ist wohl, dass der Grossteil der Bevölkerung trotz steigender Preise, zum Teil sogar wegen der steigenden Preise, recht gut lebt und somit gar kein Interesse an der Teuerungskämpfung hat. Dennoch ist es erstaunlich, dass in unserer Welt, die sich so gescheit wie nie zuvor vorkommt, das Heilmittel gegen die Geldentwertung noch nicht erfunden worden ist. Es wäre falsch, über den Bundesrat herzufallen und ihm vorzuwerfen, er habe versagt: Wir alle versagen angesichts dieses Problems.

\* \* \*

Es geziemt sich, an die Spitze des Berichts über die Wahlen und Abstimmungen im vergangenen Jahr die Nationalratswahlen vom Herbst 1971 zu stellen. Von den 200 Nationalräten waren nicht weniger als deren 50 zurückgetreten, und 19 bisherige Vertreter wurden nicht mehr gewählt. Damit sind also 34% aller Nationalräte ausgewechselt



worden, was ein ganz aussergewöhnlich hoher Prozentsatz ist. Die Frauen, die sich erstmals an den Wahlen aktiv und passiv beteiligen konnten, schnitten recht gut ab, eroberten sie doch 11 Sitze. Hinzu kommt als erste Ständerätin die Genferin Lise Girardin. Parteimässig gesehen zeigten die Wahlen im grossen ganzen das Bild der Beharrung. Von den grossen Parteien verloren nur die Sozialdemokraten mehr als einen Sitz, nämlich 5 von 51. Auffallend war indessen, dass sich der politische Flugsand, d.h. die Stimmberechtigten, denen es keine Partei auf die Dauer recht machen kann, auf mehrere Gruppen aufsplittete. Der Landesring verlor 3 von 16 Sitzen, die Republikaner gewannen 6 Sitze, was sie auf 7 Sitze total brachte, und zudem holte sich die von ihnen abgefallene Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat auf Anhieb 4 Sitze. Ihr einziger Vertreter aus der Westschweiz ist ein in Bern wohnhafter gebürtiger Tunesier, der erst seit 13 Jahren Schweizer Bürger ist. Am meisten Stimmen erzielte der Berner Stadtpräsident Tschäppät, dicht gefolgt vom Republikaner James Schwarzenbach. Das älteste Mitglied war der neugewählte Berner Vertreter der Republikaner, der 81jährige, inzwischen verstorbene Professor Eduard von Waldkirch, die beiden Jüngsten sind mit 28 Jahren die Sozialdemokratinnen Gabrielle Nanchen aus dem Wallis und Hanna Sahlfeld aus St.Gallen. Das Durchschnittsalter des Rates ging von 53 auf 52 Jahre zurück. – Von den Bundesratswahlen im Dezember sind zwei Dinge zu melden. Einmal die Ersatzwahl für den zurückgetretenen Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Ludwig von Moos, die auf den St. Galler Kurt Furgler fiel, und zum zweiten die miserable Stimmenzahl, die der welsche Sozialdemokrat Graber erzielte. Er hat sich offenbar in seiner noch kurzen Amtszeit mit auffallend vielen Parlamentariern überworfen.

Ausser zu den Nationalratswahlen liess der Bund seine Stimmberechtigten noch zweimal an die Urnen gehen. Am 6. Juni 1971 wurde über den Bundesbeschluss betreffend den Schutz des Men-



*Der Staatspräsident von Kongo, Mobutu, in Bern.*  
Nach einem Empfang verlässt er das von-Wattenwyl-Haus an der  
Junkerngasse in Bern.  
Photo Walter Nydegger, Bern

schen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen abgestimmt. Ferner stand der Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzordnung des Bundes zur Diskussion; er wurde angenommen. Bemerkenswert an der Abstimmung vom 6. Juni war einmal die Tatsache, dass es sich hier um die erste Abstimmung im Bund handelte, an der die Frauen teilnehmen konnten. Das führte zu einer recht bescheidenen Stimmbeteiligung von bloss 38%. Bemerkenswert war aber auch die hervorragende Annahme des Bundesbeschlusses über den Umweltschutz, denn den 1222000 Ja-Stimmen

standen nur 96000 Nein-Stimmen entgegen. Am 5. März 1972 war die Stimmbeteiligung noch schlechter; sie ging auf 36% zurück. Es wurde abgestimmt über die sogenannte Denner-Initiative, die sich die Förderung des Wohnungsbaues auf etwas unkonventionelle und wohl kaum durchführbare Weise vorgenommen hatte, über den Gegenvorschlag des Bundesrates und schliesslich über den Bundesbeschluss über die Allgemeinverbindlichkeit von Mietverträgen und Massnahmen zum Schutz der Mieter. Die Denner-Initiative wurde abgelehnt, die beiden andern Vorlagen angenommen.

Im Kanton Bern fanden vier Abstimmungen statt. Am 6. Juni wurden das Gesetz über die Gebäudeversicherung und dasjenige über die landwirtschaftliche Berufsschule sowie zwei weitere Abänderungen von Gesetzen bei einer Stimmbeteiligung von 36% angenommen. – Die Abstimmung vom 12. September brachte einen negativen Rekord in der Stimmbeteiligung, fiel diese doch auf bloss 18%. Das war besonders verwunderlich, weil der Volksbeschluss über den Kredit für den Neubau der Universitätskinderklinik des Inselspitals vor der Abstimmung heftig diskutiert worden war. Dem Bau wurde mit 33 500 Ja gegen rund 17 000 Nein zugestimmt. Die übrigen vier Vorlagen fanden ebenfalls die Gnade des Souveräns; erwähnenswert ist das Gesetz betreffend die Einführung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr und die Erhebung von andern Ordnungsbussen, das mit 31 300 zu 18 600 Stimmen angenommen wurde. – Die vier am 12. Dezember zur Abstimmung vorgelegten Geschäfte fanden bei den Stimmberechtigten etwas mehr Interesse; die Stimmbeteiligung stieg auf 34%. Es handelte sich um die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes in kantonalen Angelegenheiten, um das umstrittene Gesetz über die Förderung der Wirtschaft, um das Gesetz über das Gemeindewesen und schliesslich um das Gesetz über die Ermässigung der Einkommenssteuern des Staates und der Gemeinden. Den Frauen wurde das Stimmrecht mit einem erfreulichen Resultat zugebilligt: 78 600 Ja standen bloss 16 300 Nein entgegen. Das Wirtschaftsförderungsgesetz wurde äusserst knapp mit 47 600 gegen fast 45 000 angenommen, während die beiden andern Gesetze mit hohen

Stimmenzahlen durchgingen. – Die letzte Abstimmung des Berichtsjahres warf keine hohen Wellen mehr. Am 5. März, bei einer Stimmbeteiligung von 29%, wurde über das fakultative Gesetzesreferendum, über die Neuorganisation der Gerichtsbehörden und schliesslich über die Aufnahme von Anleihen beschlossen. Alle drei Vorlagen wurden angenommen.

\* \* \*

Wie wollen wir in der Schweiz, auf der «Dreh-scheibe Europas», in Zukunft den Verkehr bewältigen? Diese Frage bereitete den Behörden im abgelaufenen Jahr grosse Sorgen, und sie wird auf Jahre hinaus an Aktualität nichts einbüssen. Das gilt für alle Arten des Verkehrs, für den Luftverkehr so gut wie für den Eisenbahn- und den Strassenverkehr; auch an den Schiffsverkehr wird man weiterhin denken müssen, gibt es doch immer noch Befürworter der transhelvetischen Wasserstrasse. Was den Luft- und den Schiffsverkehr anbetrifft, liess sich im Berichtsjahr ein deutlich und schnell wachsender Widerstand der Bevölkerung aus Gründen des Umweltschutzes feststellen. So wurde im März für die Flughäfen Zürich-Kloten und Genf-Cointrin sowie für Basel-Mülhausen ein Nachtflugverbot beschlossen. Im September lehnten die Stimmbürger des Kantons Basel-Stadt den Kredit für den Ausbau des Basler Flughafens ab. Die Meinung über einen weiteren schweizerischen Flughafen im Kanton Bern scheint weiterhin negativ zu sein. Nachdem das Projekt Rosshäusern aus Abschied und Traktanden gefallen ist, richtet sich nun der Widerstand der Bevölkerung gegen einen Flughafen im Grossen Moos. Im Herbst 1971 stellte die Swissair die Linienflüge Bern-Kloten ein, da sie über keine Maschinen mehr verfügt, die das Belpmoos anfliegen können. Der Zubringerdienst nach Kloten wurde durch einen direkten Busverkehr ersetzt, der sich guter Nachfrage erfreut und offensichtlich zu befriedigen vermag.

Recht schöne Fortschritte macht unser Nationalstrassennetz. Am 15. Oktober wurde die Autobahn Bern-Zürich durchgehend eröffnet, nachdem vorher schon die 17 km lange Strecke Düringen-Corpataux der Autobahn Bern-Vevey hatte freigegeben werden können. Bei dieser Gelegen-



heit sei daran erinnert, dass man für den Bau des Nationalstrassennetzes im Jahr 1958 mit Gesamtkosten von 3,8 Milliarden Franken rechnete. Heute liegen die Schätzungen – allerdings für ein etwas erweitertes Netz – bei rund 30 Milliarden Franken. Wenn man weiss, dass auf je 3,3 Einwohner in der Schweiz ein Motorfahrzeug entfällt – es sind etwa 1,9 Mio. Motorfahrzeuge, ohne Motorfahräder, immatrikuliert –, und man bedenkt, dass dazu jedes Jahr über 40 Mio. ausländische Motorfahrzeuge vorübergehend in die Schweiz einreisen, so wird einem klar, dass das Nationalstrassennetz beförderlich ausgebaut werden muss; dies nicht zuletzt auch, um die Sicherheit auf unsern Strassen zu erhöhen. 1971 verloren 1771 Personen ihr Leben auf den Strassen der Schweiz und 36800 wurden bei Verkehrsunfällen verletzt. Im Frühjahr stimmte das Parlament der Absicht des Bundesrates zu, auf allen Strassen mit Ausnahme der Autobahnen eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km pro Stunde einzuführen. Dieser Beschluss ist zu begrüßen, trotzdem die Massnahme nicht unbestritten ist. Es scheint richtig, den Versuch zu wagen, der fast sicher zur Eindämmung der tödlichen Verkehrsunfälle führen wird. Voraussetzung ist allerdings, dass durch genügende Polizeikontrollen die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit wirklich erzwungen wird. – Beim Eisenbahnverkehr dreht sich die Hauptdiskussion immer noch und immer wieder um den Ausbau der Nord-Süd-Verbindung durch die Schweiz. Die Kommission «Eisenbahntunnel durch die Alpen» hat sich nach sage und schreibe achtjähriger Arbeit entschlossen, die Erstellung eines Gotthardbasistunnels von Amsteg nach Giornico und den Ausbau des Lötschbergs auf Doppelspur zu empfehlen. Der Ostschweiz soll mit dem Bau eines Splügentunnels entgegengekommen werden, doch brachte Bundesrat Bonvin plötzlich auch eine Linie Chur–Bellinzona–Luino ins Gespräch. Überhaupt trat Bundesrat Bonvin wie ein



*Vereidigung des neugewählten Berner Gemeinderates Arist Rollier*  
Links Regierungstatthalter Zimmermann, neben ihm Stadtpräsident Dr. R. Tschäppät. Im Hintergrund einige der erstmals in den Stadtrat gewählten Frauen.

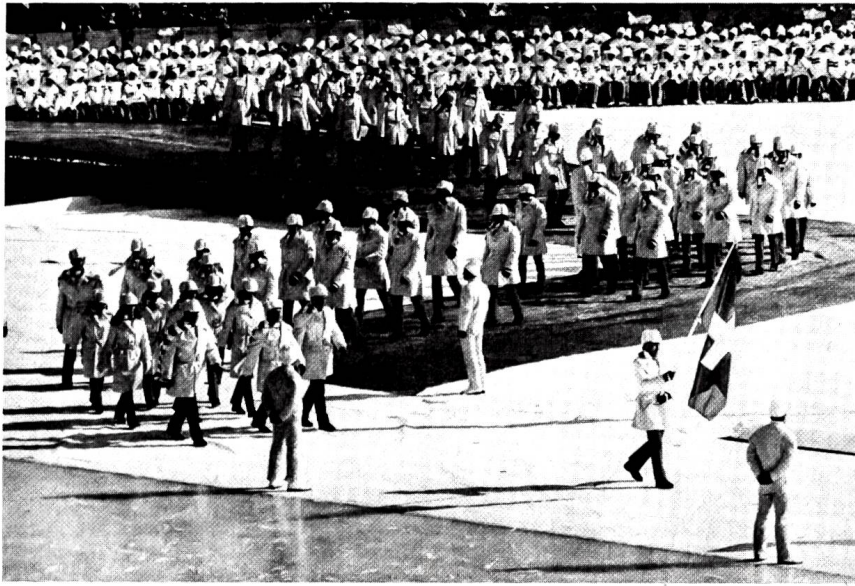
Photo Walter Nydegger, Bern

Weihnachtsmann auf, versprach er doch im gleichen Atemzug der Ostschweiz auch noch eine Strassenverbindung aus dem Kanton Glarus in das Vorderrheintal. Die gleichzeitige Verwirklichung aller vier Ideen (Gotthardbasistunnel, Lötschberg-Doppelspur, Tunnel durch die Ostalpen, Strasse Glarus–Vorderrheintal) wird aber unsere wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte mit Sicherheit übersteigen. Um so unverständlicher ist in diesem Zusammenhang der Beschluss, einen Furkabasistunnel von Gletsch nach Andermatt zu bauen, ein Hätschelkind desselben (Walliser) Bundesrates Bonvin. Im Berichtsjahr stimmten die Kantone Wallis und Uri, die wohl als einzige von diesem Bau profitieren dürften, ihren im Vergleich zu den Gesamtkosten lächerlich geringen Beiträgen zu (Uri Fr. 700000.–, Wallis 2,6 Mio. bei einem sicher viel zu tief geschätzten Bauaufwand von gesamthaft 78 Mio. Franken).

\* \* \*

Wie steht es um den Wehrwillen in der Schweiz? Es sprechen immer wieder Anzeichen





*Die erfolgreiche schweizerische Delegation an der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele in Sapporo/Japan.*  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

dafür, dass namentlich bei der Jugend und in intellektuellen Kreisen der Nutzen unserer Landesverteidigung bezweifelt und in Frage gestellt wird. Dass ein Dienstverweigerer und enragierter Antimilitarist wie der Bieler Sozialdemokrat Villard mit guter Stimmenzahl in den Nationalrat gewählt wurde, wäre noch vor vier Jahren kaum möglich gewesen. Seine Partei hatte zudem noch die Stirne, Villard als Mitglied der Militärkommission vorzuschlagen und so gewissermassen den Bock zum Gärtner zu machen. Glücklicherweise verweigerte das Büro des Nationalrates dem Kandidaten die Zulassung mit der Begründung, er habe keine eindeutige Erklärung hinsichtlich der Geheimhaltungspflicht abgegeben. Eine mutige und aufrechte Haltung bewiesen die übrigen sozialdemokratischen Vertreter in der Militärkommission, entschlossen sie sich doch, entgegen dem offiziellen Willen ihrer Partei trotz der Ablehnung Villards weiterhin in der Kommission mitzuarbeiten. Eine weitere Aktion, die Aufsehen erregte, war eine Eingabe von 32 Priestern und Pfarrern aus der Westschweiz an das Eidgenössische Militärdepartement und an ihre Kirchenbe-

hörden. Sie teilten darin mit, dass sie in Zukunft jede Beteiligung an der Landesverteidigung ablehnen müssten und den Militärdienst wie auch die Bezahlung des Militärpflichtersatzes verweigern würden. Wie alle gegen die Armee gerichteten Handlungen fand auch dieser Schritt eine grosse Publizität, wobei ihn die Presse im grossen ganzen erfreulicherweise sehr negativ kommentierte. Das ist nicht selbstverständlich, hat man doch häufig namentlich beim schweizerischen Fernsehen den Eindruck, dass die Massenmedien bewusst alles aufbauschen, was negativ ist, und dass verschwiegen wird, was sich in der heutigen

Schweiz trotz allem als liebenswert, heil und besser als in manchem andern Land präsentiert. – Münchensteiner Gymnasiallehrer, die im übrigen durchaus positiv zu unserer Landesverteidigung stehen, haben im Berichtsjahr eine Initiative zur Einführung eines Zivildienstes lanciert, die im Januar mit 62 000 Unterschriften eingereicht wurde. Die Initiative sagt deutlich, dass der Militärdienst die Regel, der Zivildienst die Ausnahme sein müsse. Der Zivildienst soll nach Auffassung der Initianten nicht einfach wahlweise an die Stelle des Militärdienstes treten können, sondern bloss eine Ersatzmöglichkeit für diejenigen bieten, die aus ernst zu nehmenden Gewissenskonflikten heraus glauben, keinen Militärdienst leisten zu dürfen. Der Bundesrat und das Parlament werden sich damit zu befassen haben. – Im Jahre 1970 wurde im Sinne einer Meinungsforschung eine grossangelegte Umfrage in der ganzen Schweiz durchgeführt. Deren Resultate sind im Berichtsjahr veröffentlicht worden. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf Einzelfragen und -antworten einzugehen. Einige wenige Zahlen mögen indessen dartun, dass noch immer ein grosser Teil unserer Bevölke-



rung durchaus positiv zur Landesverteidigung steht. In der Deutschschweiz erachten 89% der Befragten die Armee als notwendig, in der Westschweiz waren es 77%. Je weiter wir von der Grossstadt aufs Land hinausgehen, desto grösser wird der Prozentsatz der Befürworter. In der Grossstadt halten 78% der Befragten die Armee für notwendig, in der Kleinstadt 86% und auf dem Land 91%. Interessant ist ferner festzustellen, dass die Frauen der Armee noch positiver gegenüberstehen als die Männer. 90% der befragten Frauen hielten sie für notwendig, gegenüber 82% der befragten Männer. Mit zunehmendem Alter steigt der Prozentsatz der Befürworter der Armee. In der Altersklasse zwischen 18 und 24 Jahren halten sie 73% für notwendig, zwischen 25 und 29 Jahren sind es schon 79%, zwischen 30–39 Jahren 88% und schliesslich zwischen 40 und 60 Jahren 93%. Zusammenfassend darf wohl gesagt werden, dass ein Wehrwille noch immer bei uns vorhanden ist. Das zeigte sich auch bei der Abstimmung über das Militärbudget im Parlament, das im Dezember 1971 mit 144 gegen bloss 11 Stimmen genehmigt wurde.

\* \* \*

Wenden wir uns nun dem Sport zu. 1964 hatten an den Olympischen Winterspielen in Innsbruck die Schweizer erstmals keine einzige Medaille gewonnen. Dieses Debakel führte zum Umdenken hinsichtlich der Trainingsmethoden und der Unterstützungen, die heute den Spitzensportlern zukommen müssen. Ob man es wahrhaben will oder nicht: Tatsache ist, dass die Resultate unserer Skifahrer an den Olympischen Winterspielen und Weltmeisterschaften einen erheblichen Einfluss



*Olympische Winterspiele in Sapporo: Siegerehrung im Abfahrtslauf der Herren*  
 Von links Roland Collombin (Schweiz, Zweiter), Bernhard Russi (Schweiz, Olympiasieger), Heini Messner (Österreich, Dritter).  
 Photopress-Bilderdienst, Zürich

auf den Fremdenverkehr in der Schweiz haben. Frankreich und Österreich profitierten in den letzten Jahren ohne Zweifel von den spektakulären Erfolgen ihrer Skimannschaften. Wohl glaubte man unsere Olympiamannschaft 1972 gut gerüstet und hoffte insgeheim auf diese oder jene Medaille. Was aber dann geschah, das überstieg die Erwartungen der kühnsten Optimisten. Die Mannschaft kehrte mit 10 Medaillen nach der Schweiz zurück. Als einziges Land holte die Schweiz in allen Skidisziplinen (Alpin, Sprung, Lauf) mindestens eine Medaille. Gold gewannen Marie-Theres Nadig in der Abfahrt und im Riesenslalom, Bernhard Russi in der Abfahrt und der Viererbob mit Jean Wicky am Steuer; Silber Edi Bruggmann im Riesenslalom, Roland Collombin in der Abfahrt und Walter Steiner im Springen auf der grossen Schanze; Bronze Werner Mattle im Riesenslalom, Wicky/Hubacher im Zweierbob und – eine der schönsten und unerwartetsten Medaillen – die 4×10-Kilometer-Langlaufstaffel mit Alfred und Alois Kälin, Albert Giger und Edi Hauser.



#### *Gewaltiges Fischsterben in der Aare*

Durch Industrieabwässer wurden am 24. Juli 1971 Tausende von Fischen in der Aare zwischen Thun und Bern vergiftet. Sportfischer und Freiwillige bergen beim Schwellenmätteli in Bern tote Fische (unser Bild).

Photo Walter Nydegger, Bern

Dazu kamen noch im ganzen zwei vierte, zwei sechste und drei siebente Plätze. Auch nach den Olympischen Spielen hielten die Erfolge an, errang doch Walter Steiner den Weltmeistertitel im Skifliegen, Hans Schmid wurde Zweiter der legendären Sprungkonkurrenz am Holmenkollen, und die Alpinen glänzten mit weitem Siegen und guten Plätzen. – Bestürzung und Trauer rief in der ganzen Schweiz der Todessturz des populären Autorennfahrers Jo Siffert in England hervor; nicht lange zuvor hatte Siffert einen prächtigen Sieg im

Grossen Preis von Österreich errungen. – Die Leichtathletin Meta Antenen holte sich an den Europameisterschaften in Helsinki eine Silbermedaille im Weitsprung. Auch im Kunstturnen gelang endlich wieder einmal ein Medaillengewinn an einer Europameisterschaft, nämlich durch Roland Hürzeler, der in Madrid Dritter am Reck wurde. Die Europameisterschaften im Schiessen hingegen verliefen für unsere einstmals so starke Mannschaft schlecht. Ein einziger dritter Platz durch Theo Ditzler im olympischen Liegendmatch war eine magere Ausbeute. Das Ausland hat die Söhne Tells klar in den Schatten gestellt, aus dem sie erst wieder hervortreten werden, wenn mit neuen Trainingsmethoden Ernst gemacht wird.

\* \* \*

Den Schluss der Weltchronik soll einmal mehr eine Übersicht über einige fast zufällig herausgegriffene Vorfälle aus dem Berichtsjahr bilden. Der 24. Juli 1971 wird vielleicht in die Geschichte des Umweltschutzes im Kanton Bern eingehen. An diesem Tag nämlich ereignete sich eine folgenschwere Fischvergiftung zwischen Thun und Bern, wie sie bis heute noch nie aufgetreten war. Als Urheber der Vergiftung konnten die Metallwerke Selve AG in Thun ermittelt werden, wo infolge mangelnder Vorsicht eine äusserst giftige Kupferlösung in die Aare geflossen war.

In Genf und in Zürich gelang es im Berichtsjahr der Polizei, geheime Waffenlager auszunehmen. In Genf wurden 22 entwendete Sturmgewehre und grosse Mengen von Munition aufgefunden, die für gewaltsame Angriffe gegen öffentliche Gebäude bestimmt waren. In Zürich fanden sich neben Waffen auch Sprengstoff und Funkgeräte sowie Listen von Leuten, die bei einem gewaltsamen Umsturz als erste hätten beseitigt werden sollen.

Der Ausbau der Alters- und Hinterlassenenversicherung ist in der Schweiz in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Vorschläge, die der Bundesrat vorlegte, bringen mehr Rentenerhöhungen als alle vorangegangenen sieben Revisionen der



seit 1948 bestehenden AHV. Das Prinzip der drei Säulen soll indessen nicht verlassen werden, d. h. dass neben die staatliche Altersversicherung eine obligatorische betriebliche Altersfürsorge treten soll, und schliesslich als dritte Säule die private Spartätigkeit. Wie tragfähig diese dritte Säule sein wird, bleibe dahingestellt; weder die Tatsache der ständigen Geldentwertung noch die nun nahezu existenzsichernden Renten der AHV und der Betriebe sind dazu angetan, die private Spartätigkeit zu fördern. Selbstverständlich muss diese Rentenerhöhung bezahlt werden. Vorgesehen ist ein Beitrag von 8 Lohnprozenten gegenüber heute 5,8%, der wie bisher von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte zu tragen sein wird. Diese starke Erhöhung der Beiträge wird sich natürlich auch wieder auf das Lohn- und Preisniveau in der Schweiz auswirken. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass eine Meinungsumfrage in der Schweiz ergeben hat, dass die Bevölkerung die Altersvorsorge und den Umweltschutz als die beiden wichtigsten Gegenwartsprobleme ansieht.

Der in dieser Chronik erwähnte Krieg zwischen Pakistan und Indien führte in Bangla Desh zu Hungersnot und katastrophalen Verhältnissen. Es darf erwähnt werden, dass die fünf schweizerischen Hilfswerke, Schweizerisches Rotes Kreuz, Caritas, Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz, Arbeiterhilfswerk und Enfants du Monde, in einer Gemeinschaftsaktion für die bengalischen Kinder 37,5 Mio. Franken an Spenden zusammengebracht haben. Wenn auch gegenüber der Entwicklungshilfe immer wieder eine zum Teil gerechtfertigte Zurückhaltung in der Schweiz zu beobachten ist, so zeigt sich doch bei solchen Anlässen, dass der Schweizer nach wie vor bereit ist, sein Scherflein zu spenden, wenn es um die Linderung der Not geht.

Als letzte Meldung sei noch erwähnt, dass in diesem Frühjahr der Grosse Rat des Kantons Genf beschlossen hat, das Mindestalter zur Ausübung des Stimmrechts auf 18 Jahre herabzusetzen. Das Wahlbarkeitsalter hingegen wurde auf 20 Jahren belassen. Dieser Beschluss liegt offensichtlich im Zuge der Zeit, lancierte doch bereits im April ein Initiativkomitee ein eidgenössisches Volksbegehren auf Herabsetzung des Wahlalters

von 20 auf 18 Jahre. Bis heute ist diese Initiative aber im Bundeshaus noch nicht eingereicht worden, lassen sich doch offenbar nicht ohne weiteres Unterschriften für diesen Zweck finden.

---

## DER PRÄSIDENT KOMMT NICHT

Mister Kellog hat 17 Stunden Bahnfahrt durch die Wüste Nevadas hinter sich, jeder einzelne seiner Knochen fühlte sich persönlich beleidigt. Endlich war er in Last-Point angekommen und fuhr im Taxi sofort zum besten Haus am Platze, zum Hotel Ringley. – «Was wünschen Sie», fragte Mister Ringley knapp.

«Ein Zimmer», japste Mister Kellog am Ende seiner Kraft. «Ein Zimmer, in dem ich mein müdes Haupt niederlegen und 12 Stunden schlafen kann. Sonst nichts.» «Wir haben kein Zimmer frei», erklärte Mister Ringley ungerührt. «Sie haben ... kein Zimmer frei?» «Wir sind besetzt.» «Ich habe 17 Stunden Bahnfahrt hinter mir, ich bin so gerädert, dass ich sogar am Skelett blaue Flecken habe; ich zahle Ihnen 10 Dollar mehr für die Nacht.» «Nein», zischte Mr. Ringley glasklar. Nun erkannte Kellog erst den grausamen Ernst seiner Lage. Aber jäh hatte er eine Idee:

«Sagen Sie mal, wenn Präsident Nixon käme, für den hätten Sie wohl ein Zimmer?» Über Mr. Ringleys Gesicht glitt patriotisches Leuchten. «Ja, wenn Präsident Nixon kommen würde, für den hätten wir natürlich immer ein Zimmer.» Mister Kellog stürzte auf Mister Ringley: «Dann habe ich eine Neuigkeit für Sie», jubelte er. «Geben Sie mir das Zimmer: Präsident Nixon kommt nicht!»

---

«Aber Bobby,» wundert sich Rudi, «wie konnte denn nur dein Fahrradreifen so zum Teufel gehen?»

«Ich bin über eine Flasche gefahren», gestand Bobby.

«Hast du sie denn nicht vorher gesehen?»

«Nein – das ist es eben – der Mann hatte sie in der Tasche.» (ici)